

Cuba fordert *neue Weltordnung*

Zuckerbrot und Peitsche: Seit das US-Imperium das britische Empire abgelöst hat und neuerdings Großmacht-Spannungen mit China und Russland aufbaut, setzt es mit Sanktionen und Investitionen, mit NSA und CIA, Behörden wie USAID und NED, mit Krediten, Militärberatern, mit einem riesigen Netz von US-Militärstützpunkten und Organisation von Stellvertreterkriegen die Interessen des US-Kapitalismus durch. Die USA haben seit 1991 laut US-Kongress 251 militärische Interventionen durchgeführt. Die weltweiten Ausgaben fürs Militär sind im Jahr 2024 auf 2,4 Billionen US-Dollar gestiegen – Geld, das stattdessen in einem Kampf gegen Hunger und Klimawandel eingesetzt werden könnte.

In Cubas Verfassung heißt es in Artikel 16: Die Republik Cuba fördert in den internationalen Beziehungen „die Etablierung einer gerechten internationalen Wirtschaftsordnung und die Beseitigung irrationaler Muster von Produktion und Verbrauch.“ Cuba, das seit seiner Revolution 1959 versucht, für seine Bevölkerung einen nachhaltigen Sozialismus mit guten Lebensbedingungen für alle aufzubauen, wird seit 1960 mit einem beispiellosen Wirtschaftskrieg und Subversion der USA da-

an gehindert. Blockaden und Sanktionen machen den Import von Lebensmitteln und Kraftstoffen teuer, das Setzen auf die Liste der Terror unterstützenden Länder macht Handelsbeziehungen fast unmöglich. Bisher hat es Cuba immer wieder geschafft, die aus den völkerrechtswidrigen Sanktionen entstehenden Schwierigkeiten zu meistern. Aber die durch die Corona-jahre entstandene Situation mit dem ausbleibenden Tourismus hat dazu beigetragen, dass nicht mehr genug Devisen erwirtschaftet werden konnten. Die Folgen sind Inflation und außerordentlich hohe Belastungen der Bevölkerung. Die jährliche Verurteilung der Blockade in der UN-Vollversammlung reicht nicht – sie muss auch umgesetzt werden. Viele internationale Gremien, Organisationen, Verbände und Persönlichkeiten haben die USA aufgefordert, Cuba von der Terrorliste zu streichen.

Auf der Pressekonferenz der deutschen Regierung am 25.9. wurde gesagt, dass sie sich dafür einsetzen wird, dass dies geschieht. Wir fordern Bundesregierung und EU auf, den Wirtschaftskrieg der USA gegen Cuba nicht länger zu teilen!

Netzwerk Cuba Informationsbüro e.V.

Weydingerstr. 14-16 · 10178 Berlin · Info@netzwerk-cuba.de

Tel. 030-240 093 38 · Spenden: GLS Bank · BIC: GENODEM1GLS

IBAN: DE28 4306 0967 1206 4415 00




NETZWERK CUBA
– informationsbüro – e.V.

Nachrichten aus und über Cuba: netzwerk-cuba.org